

Pressemitteilung

CDU fragt nach Schutz vor Cyberattacken

Umfangreicher Fragenkatalog der CDU-Fraktion sorgt sich um die Cyber-Sicherheit in der Stadt Gießen.

GIESSEN. Zur kommenden Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung hat die CDU-Fraktion einen umfangreichen Fragenkatalog an den Magistrat gestellt, der den Schutz vor Cyberattacken zum Gegenstand hat.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse werden nach Ansicht der Christdemokraten Cyberattacken auf öffentliche Einrichtungen zunehmend wahrscheinlicher. Auch der Hackerangriff auf die Justus-Liebig-Universität vor einigen Jahren sowie zahlreiche Angriffsversuche in Deutschland während der Corona-Pandemie zeigen, dass die Stärkung der Cybersicherheit an Bedeutung gewinnt.

„Obwohl insbesondere Kommunen begehrte Ziele für solche IT-Angriffe sind, erhalten Sicherheitsaspekte in vielen Verwaltungen noch immer nicht die Aufmerksamkeit, die sie benötigen.“, meint Geschäftsführer Frederik Bouffier. Seine Fraktionskollegin und Stv. Vorsitzende, Kathrin Schmidt, ergänzt: „Um sensible Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie öffentlicher Einrichtungen zu schützen, die kritische Infrastruktur aufrechterhalten zu können und so das Vertrauen in digitale Leistungen zu erhöhen, ist eine enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen mit den Unternehmen vor Ort, Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, Hochschulen und Stadtwerken unerlässlich.“

Dabei fragt die CDU-Fraktion u. a., welche Maßnahmen die Stadt Gießen in den letzten fünf Jahren zum Schutz gegen Cyberattacken getroffen hat und welche Maßnahmen kurzfristig aufgrund der aktuellen Entwicklung in der Ukraine veranlasst wurden, welcher Bereich in der Stadtverwaltung federführend für den Schutz gegen Cyberattacken verantwortlich ist, wie viele Angriffe auf die IT-Infrastruktur der Stadt Gießen in den vergangenen zehn Jahren verhindert werden konnten und wie bzw. wie oft die Stadt Gießen ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Cyberattacken, z. B. gegen Passwortdiebstahl durch Phishing-Mails in Gestalt von simulierten Phishing-Kampagnen schult.

Die CDU-Fraktion erhofft sich eine zeitnahe Antwort, gleichwohl erst mit einer Beantwortung der Anfrage seitens des Magistrats nach Ostern zu rechnen sein dürfte.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung